



Ausschuss für Bauen und Verkehr

75. Sitzung (öffentlich)

5. März 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Ruhrpilot	5
– Staatssekretär Günter Kozlowski (MBV) berichtet	5
– Aussprache	7
2 Optimierung der Gebietskulissen für die regionale Differenzierung der Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen	9
– Dr. Bernd Leutner (F + B) berichtet	9
– Aussprache	9

3	Wohnraumförderungsprogramm 2009	14
	Vorlagen 14/2428 bis 14/2430	
	– Minister Lutz Lienenkämper (MBV) berichtet	14
	– Aussprache	17
4	Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – BauGB-AG NRW	21
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8291	
	– Aussprache	21
	Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8291 wird mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion angenommen.	

* * *

4 Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – BauGB-AG NRW

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/8291

Ausschussvorsitzender Wolfgang Röken weist auf die plenare Beratung des Gesetzentwurfs Ende Januar hin. Die kommunalen Spitzenverbände seien schriftlich angehört worden (s. Stellungnahmen 14/2413, 14/2418 und 14/2439).

Seine Fraktion, teilt **Dieter Hilser (SPD)** mit, werde dem Gesetzentwurf zustimmen. Problematisch sehe er jedoch nach wie vor Themen wie „Sieben-Jahres-Frist“ und „Bauen im Außenbereich“. Wann sei Bauen im Außenbereich aus ökologischen oder anderen Gründen problematisch? – Nach einem gewissen Zeitablauf erbitte er einen Bericht, wie sich die problematischen Fragestellungen in der Praxis entwickelt hätten.

Von „*Bauen im Außenbereich*“ zu sprechen, sei grundsätzlich falsch, moniert **Bernhard Schemmer (CDU)**. Man *baue* nicht, sondern es werde *umgenutzt*. Insofern sei es völlig falsch, von einer Inanspruchnahme von Freiraum zu sprechen. Das Gegenteil sei der Fall. Indem vorhandene Bausubstanz umgenutzt werde, werde weniger Freiraum in Anspruch genommen. Das sei im Sinne einer „Allianz für die Fläche“ ausgesprochen positiv.

Über die Rahmenbedingungen der GIRL im Konflikt zwischen Landwirtschaft und umgenutzten Gebäuden könne durchaus noch einmal diskutiert werden. Nordrhein-Westfalen habe dort im Ländervergleich die Bundesvorgaben am schnellsten umgesetzt.

Faktisch finde eine Zersiedlung der Landschaft statt, beklagt **Horst Becker (GRÜNE)**. So äußere sich der nordrhein-westfälische Städtetag. Seine Fraktion werde den Gesetzentwurf deshalb ablehnen. Die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Gesetzentwurf mache er daran fest, dass dieses Gesetz aus Berlin stamme. Er sehe eine steigende Tendenz in Richtung Umnutzung gerade im ländlichen Raum. Wer aber einer Zersiedlung des ländlichen Raumes entgegenrete, dürfe sich nicht gegen eine Sieben-Jahres-Frist aussprechen. Würde noch nicht einmal diese Frist gelten, fände Wildwuchs statt.

Der ländliche Raum sei froh über die Regelung, betont **Christof Rasche (FDP)**, und ihre Verlängerung. Zu hinterfragen sei, wie der Städtetag in seiner ablehnenden Haltung betroffen sei. Könne der kommunale Bereich nicht auch einmal über den Teller- rand schauen, statt nur Eigeninteressen im Blick zu haben? Der Städtetag beharre auf seiner Position aus dem Jahre 2005.

Zum Wunsch des Abgeordneten Hilser nach Evaluierung und Berichterstattung bemerkt **Staatsekretär Günter Kozlowski (MBV)**: Die Regelung sei seit 2005 in Kraft.

Die Sieben-Jahres-Frist habe nicht gegolten. Da aber die Ermächtigungsgrundlage des Bundes ausgelaufen sei, habe das Land „nachklappen“ müssen. Faktisch habe sich keine Änderung ergeben. Es sei nicht einfach, alle Kreise und Baugenehmigungsbehörden des Landes zu einer Berichterstattung zu bewegen. Vor diesem Hintergrund bitte er darum, an der Stelle nicht überzustrapazieren. Sollte es evaluierungsfähige Zusammenhänge geben, werde die Landesregierung an der Stelle gerne auf den Plan treten. Eine Berichtspflicht nach einem halben Jahr dürfte allerdings nicht ergiebig sein.

(Dieter Hilser [SPD]: Wir denken darüber nach!)

Vom Grundsatz her sei es sinnvoll, gibt **Ausschussvorsitzender Wolfgang Röken** zu bedenken, zu erfahren, wie die Auswirkungen seien.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8291 wird mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion angenommen.

gez. W. Röken
Vorsitzender

4 Anlagen

hoe/27.03.2009/01.04.2009

159